

LIBERALE FRAUEN

Landesvereinigung Baden-Württemberg

Ausgabe 7

LIBERA Baden-Württemberg

Januar 2006

Editorial

Liebe Mitglieder der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, liebe Leserinnen und Leser,

Freiheit gilt als ein schier unverzichtbareres individuelles Lebensgefühl. Und: Freiheit gilt als eines der höchsten Gesellschaftsziele. Und doch: Für das Ideal „Freiheit“ wurden und werden weltweit erbitterte Kämpfe gefochten. Kein deutscher Dichter als Friedrich Schiller hat sich intensiver mit dem Begriff der „Freiheit“ beschäftigt. Was ist Freiheit?

Freiheit ist mehr als ein Wort. Deshalb sollten sich nicht nur Liberale Frauen tagtäglich die Frage nach Freiheit neu beantworten. Was bedeutet für Sie „Freiheit“? In Frieden leben, das Leben nach eigenem Wunsch gestalten, eine Partnerschaft eingehen ohne Zwang, Familie gründen, Familie und Beruf vereinbaren, keine häusliche Gewalt erleben, reisen, eine eigene Meinung haben und diese laut äußern ohne Repressalien befürchten zu müssen, Politik gestalten. Freiheit geht uns alle an!

2005 war geprägt von Abschieden und Neuanfängen. Ministerpräsident Erwin Teufel ging, Günther Oettinger kam. Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde abgewählt; Deutschland bekam mit Angela Merkel erstmals eine Bundeskanzlerin. 2006 haben wir erneut die Wahl. Wir Liberale Frauen setzen auf die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition im Land – mit mehr gelben Anteilen und mehr liberalen Frauen! Überlassen wir Politik nicht den anderen! Es ist unsere Zukunft. Wir haben die Wahl!

Herzliche liberale Grüße

*Jutta Pagel
Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg*

Alterung der Gesellschaft ist die zentrale Herausforderung

„Alter ist weiblich“

Stuttgart. Auf der ganzen Welt werden Frauen älter als Männer, im Schnitt um fünf bis acht Jahre. Ende 2004 lebten in Baden-Württemberg insgesamt 1.104.608 Frauen sowie 785.351 Männer über 65 Jahre. Nach den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen kann gut ein Drittel (38 %) der heute 65-jährigen Männer das 85. Lebensjahr erreichen, bei den Frauen liegt der entsprechende Anteil sogar bei 56 %. Frauen weisen in allen Altersstufen durchgängig weiterhin eine höhere Lebenserwartung als Männer auf. Im Zeitraum 2002 bis 2004 lag die Lebenserwartung neugeborener Mädchen in Deutschland bei 81,5 Jahren und die der Jungen bei 75,9 Jahren. Die Statistik belegt deutlich: **Alter ist weiblich.**

Die Südwestliberalen haben die Alterung der Gesellschaft als politische Herausforderung auf allen Ebenen frühzeitig erkannt. Sie gaben den Impuls, im Landtag von Baden-Württemberg eine Enquetekommission „demografischer Wandel“ einzusetzen. Nach gut 1 ½ Jahren intensiver Arbeit legte die Kommission im Dezember 2005 ihren 364 Seiten starken Abschlussbericht mit einem umfangreichen Katalog konkreter Einzelempfehlungen vor. Aus Sicht der Kommission ist der demografische Wandel zu bewältigen, wenn die Potenziale der älteren Menschen genutzt werden und ein gerechter Interessensausgleich zwischen den Generationen erfolgt.

„Wir müssen alles tun, damit alte Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnung bleiben können“, meinte das stellvertretende Kommissionsmitglied Heiderose Berroth. Hierfür seien die notwendigen pflegerischen, aber auch baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Sie setzt dabei auf neue Wohnformen wie dem sog. „Mehrgenerationenwohnen“. Das Prinzip ist simpel: Jung & alt, Familien & Alleinlebende leben in eigenen Wohnungen unter einem Dach. Man wohnt zusammen, ohne zu müssen. Wer seine Ruhe möchte, macht einfach die Türe zu. Im Alter allein zu sein, davor fürchten sich die meisten Menschen.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, Vorfahrt für Bildung und lebenslanges Lernen, berufliche Perspektiven für ältere Arbeitnehmer und damit Abschied von der viel zu lange praktizierten Vorrangpolitik sowie ein Ende der bisherigen Verschuldungspolitik sind weitere Eckpunkte einer zukunftsweisenden Politik.

INFO: Der Abschlussbericht der Enquetekommission (LT-Drs. 13/4900) ist abrufbar unter www.landtag-bw.de

(pa)

Frauenrechte sind Menschenrechte!

„Wir sind Eure Töchter, nicht Eure Ehre“

Stuttgart. Am 28.10.05 fand auf Einladung der Reinhold-Maier-Stiftung die Podiumsdiskussion „Frauenrechte sind Menschenrechte“ statt.



Mit unter den Diskutierenden war Serap Cileli – Frauenrechtlerin und Autorin des Buches „Wir sind Eure Töchter, nicht Eure Ehre“.

Serap Cileli, seit kurzem Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, erläuterte anhand von schonungslosen Beispielen, die wahrlich außerhalb eines liberal / demokratischen Vorstellungsbereiches liegen, die Situation, in der sich türkische Mädchen auf Grund der, von den Vätern und Müttern (!) gelebte Tradition, oftmals befinden. Ihre eigenen Erfahrungen - sie selbst ist aus einer Zwangsehe ausgebrochen und hat eine weitere Heirat verweigert – zeigen auf, wie sehr sich eine Frau verstellen muss, um ihre Gefühlswelt unter Kontrolle zu halten. Die winzigste Geste nach außen, käme einer sofortigen Auslieferung an das Familienoberhaupt gleich. Selbst das Vertrauen auf die eigene Schwester wurde Serap Cileli in ihrer Vergangenheit zum Verhängnis!

Hat sich die Situation hier und heute geändert? Leider nicht! Rund die Hälfte der türkischen Migrantinnen in Deutschland lebt in einer arrangierten oder erzwungenen Ehe, so die Aussage von Collin Schubert, Islamexpertin der Frauenorganisation Terre des femmes. Susanne Babila – SWR International und Autorin des Films – „Türkische Hochzeitsreisende: Familienehre vor Liebe?“ zeigt in ihrem preisgekrönten Dokumentarfilm, wie demütigend der Alltag in einer solchen Ehe sein kann. Suizid wird nicht selten als letzter Ausweg gesehen. Christian Storr – Vorsitzender der Fachkommission, die sich mit der Bekämpfung der Zwangsheirat beschäftigt – der in Vertretung von Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll am Podium teilnahm, dokumentierte „wir haben zulange weggeschaut“ und verwies

ganz klar auf die hier geltende Rechtsordnung. Die Bekämpfung der Zwangsheirat soll jedoch nicht nur mit einem Paragraphen bekämpft werden; Aufklärung und Bildungsarbeit muss auch an den Schulen ein fester Bestandteil sein. Denn, wie viele Frauen wissen, dass die Zwangsheirat per Gesetz in der Türkei verboten ist, ebenso wie das Tragen eines Kopftuchs? Und wie vielen Frauen ist bekannt, dass im Zuge der Reformen im Mai 2004 der Artikel 10 der türkischen Verfassung geändert wurde – es heißt jetzt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. **Der Staat ist verpflichtet, die Gleichheit zu verwirklichen.**“

Mit diesem neuen, wohlklingenden Zusatz sieht sich der türkische Staat vor einer großen Aufgabe und Herausforderung, denn: **Frauenrechte sind Menschenrechte!** (sw)

25.11. Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter

Stuttgart. Gewalt gehört für viele Frauen nach wie vor zum Alltag. „Das dürfen wir nicht als gegeben hinnehmen“, so die frauenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Renate Götting. Psychische oder physische Gewalt in der Partnerschaft, am Arbeitsplatz oder durch Stalking – dem beharrlichen Belästigen und Verfolgen einer anderen Person - Gewalt gegenüber Frauen habe viele Gesichter.

Gerade im sozialen Nahbereich oder im häuslichen Bereich sei die Dunkelziffer nach wie vor hoch. Mit dem Platzverweis-Verfahren, das 2001 in Baden-Württemberg landesweit eingeführt worden ist, gibt es nach den Worten von Götting ein wichtiges Instrumentarium, um Frauen und Kinder wirksam vor Gewalt zu schützen. „Durch einen Platzverweis wird zwischen dem Opfer und dem Täter eine Distanz geschaffen, die es dem Opfer ermöglicht sich über weitere Schritte zu einem gewaltfreien Leben klar zu werden.

In einer neueren deutschen Studie wurde belegt, dass etwa jeder zweite Fall von Stalking im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt stattfindet und etwa 90 % aller Opfer Frauen sind. Baden-Württemberg hat im Bundesrat eine Initiative eingebracht, einen eigenen Straftatbestand für Stalking zu schaffen. (ilg)

Kanzlerin Merkel, Ergebnis oder Beginn erfolgreicher Frauenpolitik?

Berlin. Kanzlerin Merkel ist ohne die Stimmen der liberalen Frauen im Bundestag zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

Hierüber haben wir weibliche FDP-Bundestagsabgeordnete uns im Vorfeld verständigt, nicht ohne auch unser Bedauern darüber auszudrücken, dass wir sie in einer anderen Koalitionskonstellation nur zu gerne gewählt hätten. „Es ist kein Geheimnis, dass Frauen in Machtpositionen noch weit unterrepräsentiert sind“, schrieben die Liberalen Frauen Hamburg in ihrem offenen Brief an Angela Merkel. Die Hamburgerinnen hatten zudem die LIF-Bundesvorsitzende Ina Lenke, MdB gebeten, die weiblichen FDP-Abgeordneten zu überzeugen, Merkel zur Bundeskanzlerin zu wählen. Nach Überzeugung der Hamburgerinnen sei dies der richtige Schritt, um politischen Zusammenhalt unter Frauen zu institutionalisieren.

Wer aber einen solch staatsfixierten Koalitionsvertrag aushandelt und unterschreibt, kann unsere Unterstützung auch als Frau nicht haben. Um hier die politische Trennschärfe deutlich zu machen, haben wir uns dafür entschieden, politisch und nicht ausschließlich frauenpolitisch zu votieren. Dennoch ist es für alle politisch oder öffentlich wirkenden Frauen ungemein ermutigend, dass wir erstmals eine Frau an der Spitze einer Bundesregierung haben. Die Zeiten, in denen Frauen unterschätzt und von den bewährten männlichen Kommunikationsstrukturen ausgeschlossen wurden, sind damit hoffentlich Geschichte. Frau Merkel wird das Zugpferd für andere politisch gestaltende Frauen werden, ganz besonders in ihrer unaufgeregten und selbstverständlichen Art des „Frauseins“. Einen Beitrag zur Emanzipation im politischen Leben wird auch ihr Mann und seine souveräne Rolle als „Gatte von geringem Interesse“ leisten: Professor Sauer wird Damenprogramme endgültig überflüssig machen. (sl/pa)

Wir fragen Sie nach Ihrer Meinung: Ändert sich durch eine Bundeskanzlerin die Politik? Ist die Wahl einer Frau zur Bundeskanzlerin ein Meilenstein für mehr Chancengerechtigkeit? Schreiben Sie uns!

FRAUENBERUFSZENTRUM Stuttgart stellt sich vor Netzwerke schalten!

Stuttgart. Das FRAUENBERUFSZENTRUM in Stuttgart hat am 18.10.2005 unter dem Motto „Frau bewegt Zukunft“ zur Netzwerkgründung eingeladen. Auftrag des Frauenberufszentrums ist die berufliche Integration benachteiligter Frauen.

Träger des Zentrums ist der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. und Caritasverband für Stuttgart e.V., die 2004 ihre Angebote der beruflichen Förderung von Frauen unter dem Namen „FrauenBerufsZentrum“ zusammengeführt haben. Beide Vereine sehen es zum damaligen Zeitpunkt schon als eminent wichtig an, zur fachlichen wie auch inhaltlichen Unterstützung der Arbeit ein Netzwerk zu gründen bzw. aufzubauen. Im „FrauenBerufsZentrum“ findet man zu einer Beratung und Vermittlung als auch Arbeitstherapie und Sozialintegration; fachpraktische Beschäftigung nebst berufliche Orientierung und Wiedereingliederung im „LOS-Kurs“ für Frauen mit psychischen Beeinträchtigungen, „Schritt für Schritt“ ein Seminar für allein erziehende Frauen, „Avanti“ das Seminar für Teilnehmerinnen im Landesprogramm Mutter und Kind, „Bewerbungstraining“ für Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuchende, „Kompetenztraining“ für erwerbsfähige Frauen und „Job-Treff“ als offenes Angebot; last but not least fachliche Qualifizierung und Ausbildung.

Angela Risse (Geschäftsführerin Sozialdienst kath. Frauen), Bärbel Triebel (Fachdienstleiterin) sowie Ilona Rauscher (stv. Fachdienstleiterin) verweisen bei ihren gezielten Einführungen auf die unbedingte Notwendigkeit der Kooperation mit anderen Vereinen und Kammern. Nur im Geflecht der Unterstützung bekommt man Hilfe, so die übereinstimmende inhaltliche Aussage. Eine Hilfe, die in einem Netzwerk selbstverständlich auf Gegenseitigkeit beruht. Jeder Einzelne ist gefordert, sich mit der Fragestellung auseinander zu setzen „Wie kann ich persönlich zur Hilfe beitragen“? Einen Job zu vermitteln ist nach wie vor der sprichwörtliche „Sechser im Lotto“, doch, wie heißt es so richtig? „mühsam ernährt sich das Eichhörnchen“ und so ist die Hilfe beim Umzug ein nicht geringer angesehener Gewinn, wenn es heißt: „Frau Bewegt Zukunft“! (sw)

Informationen zum FrauenBerufsZentrum, Heusteigstr.20, 70182 Stuttgart unter (0711) 24 89 23 - 30, Fax -23, Bärbel Triebel oder frauenberufszentrum@caritas-stuttgart.de.

Verkehrsknotenpunkt Bildung

Stuttgart. Der 98. Ordentlichen Landespartei-tag der FDP Baden-Württemberg in Baden-Baden am 18. Juni 2005 hat sich auf zwei Schwerpunkte verständigt: „Bildung hat Vorfahrt!“ und „Arbeit hat Vorfahrt!“ LIF-Vorstandsmitglied Susanne Winkler hat sich beim „Verkehrsknotenpunkt Bildung“ intensiv damit befasst. Wir berichten auszugsweise.

Zwei Bereiche, die sich gegenseitig nicht nur bedingen sondern eine besonders zentrale Aussage über das gesellschaftliche Niveau des Staates aufzeigen. Ohne Bildung keine Ausbildung, ohne Ausbildung keine Arbeit!

Bildung muss früh beginnen, auf Dauer angelegt sein und das Lust am Lernen wecken, erhalten und fördern, da sie die Lust an der Leistung nach sich zieht. Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Felix von Cube spricht hier vom „Flow-Effekt“. Kreativ sein dürfen, Erfindungsgeist ausleben können sind Aspekte, die wesentlich zum Erfolg eines Unternehmen beitragen.

Bildung ist abhängig von Vorbildern! Von Menschen, die auf Grund von Erziehung eine Bildung genossen haben, die sie charakterlich befähigt „vorbildliches“ Verhalten wie auch das damit verbundene Wissen weiterzugeben.

Ethische wie auch moralische Inhalte spielen dabei eine ebenso relevante Rolle, wie die Wertschätzung gegenüber der Natur und der Tierwelt.

Menschen, die zur Mündigkeit und Selbständigkeit zur Verantwortlichkeit sich selbst, wie auch anderen gegenüber gebildet werden, gestalten die Zukunft des Landes nachhaltig!

Seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie durch die OECD war klar, dass im Land der „Dichter und Denker“ ein gewisser „Bildungsnotstand“ vorherrscht. Jedoch, Pisa ist an Deutschland vorbeigeschrammt, die Wunden sind abgeheilt, die Hämatome verblasst und man ruhte wieder in sich selbst. Finnland setzt Bildungsmaßstäbe. Bis zum Jahr 2007 wird in der gymnasialen Oberstufe in China (!) das finnische Schulsystem eingeführt. Das „Land der aufgehende Sonne“ bewegt sich – geistig und wirtschaftlich! Die Lust an Leistung ist sichtlich vorhanden! Die Headline in der FAZ vom 04.09.05 spricht für sich „Jetzt kommen die Chinesen!“ „China verdrängt Deutschland vom 3. Platz der weltgrößten Autobauer!“

China zunehmend ein Verkehrsknotenpunkt? Wirtschaftlich auf dem besten Weg; was die Bildung anbelangt, so ist noch mit großen Überraschungen zu rechnen.

Keiner bekommt die Bildung, die er braucht! Gleichmacherei untergräbt die Lust am Lernen, die Lust an der Leistung! Dieses Phänomen erfahren auch die Hochbegabten in diesem Land. Hoch- und Höchstbegabte, der Prozentsatz liegt in der Bevölkerung bei 2 – 3 % und ist somit analog genauso hoch wie der Anteil der Behinderten, bekommen seit 20 Jahren nicht die Förderung, die sie im Einzelfall benötigen. Zwar wurde der Grundstein zur Förderung bereits 1984/85 gelegt, das Außenseiterdasein „dieser“ Randgruppe ist unverständlich! Seit Pisa sowieso. Noch erstaunlicher – oder auch nicht, ist die Tatsache, dass sich diese Gruppe in 2/3 Jungen und 1/3 Mädchen aufteilt.

Warum, so stellt sich auch hier die Frage, wird im Elternhaus, bei den U-Untersuchungen und anschließend im pfelegerischen wie auch pädagogischen Elementarbereich nicht erkannt, dass diese Kinder einer speziellen Förderung bedürfen? Liegt es an unzureichender Ausbildung? Liegt es an zu großen Gruppen? So verpuffen Bildungsressourcen, weil man meint, Bildung beginnt erst an den Elite- Universitäten. Ein fataler Denkfehler, der in Deutschland für die jetzige gesellschaftliche Situation mitverantwortlich ist. Zu lange hat man altbekanntem Wissen, dass die ersten sechs Jahre prägend sind, zu wenig oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Bildung ist ein Standortfaktor! Die ersten Pfeiler sind gesetzt, doch weitere müssen folgen, um auch zukünftig international bestehen zu können. Mit Vorbildern zu mehr Bildung! Vorbilder, die sich sehr selbstbewusst zu sagen trauen: „Ich führe ein sehr erfolgreiches kleines Familienunternehmen.“ Dieser Werbeslogan von Vorwerk sagt im Grunde alles aus! Wenn es im kleinsten volkswirtschaftlichen Betrieb, sprich dem Haushalt stimmt und schwarze Zahlen geschrieben werden, dann floriert es auch im Großen. So auch umgekehrt!

Mit Lust an der Bildung zu mehr Lust an der Leistung! Bildung, ein allumfassender Verkehrsknotenpunkt kann so zum Leuchtturm einer Nation werden!

Und FDP-Chef Westerwelle formulierte treffend: „Wir haben einen einzigen Rohstoff in Deutschland, und das ist der Grips und der muss gefördert werden.“

Magda Maier erinnert sich

„Schaffen, Schreiben, Regieren ...“

Stuttgart. Die Stiftung Bundespräsident – Theodor – Heuss – Haus in Stuttgart lud am 26.07.05 zum Zeitzeugengespräch ein. Gesprächspartnerin von Dr. Alfred Geisel – Rechtswissenschaftler – war Magda Maier, Tochter des „Urliberalen“ Reinhold Maier.



Magda Maier, geboren 1929 in Stuttgart, fühlte sich sichtlich wohl auf dem vertrauten schwäbischen Terrain.

Eine Dame mit Esprit und Ausstrahlung, die um keine Antwort verlegen war und mit fester Stimme auf jede Frage freundlich lächelnd einging. Ihre Erzählungen waren geprägt durch bittere Spannung – die Zeit des Naziterrors - Hoffnung und! Humor. Eine positive Lebenseinstellung, so scheint es, die sie sich, auch in der Zeit der Emigration, bis zum heutigen Tag bewahrt hat. Ihre Erinnerungen an die Kinderzeit mit einem Vater als württembergischer Wirtschaftsminister (1929 – 1933) zeigten die unbeschwertere Wahrnehmung des Kindes Magda auf. Auf die Frage, was macht denn dein Vater, antwortet die Dreijährige damals selbstsicher und frei heraus „schaffen, schreiben, regieren“. Auch die von der Lehrerin geforderte Vorstellung an der Einschulung war noch präsent „Ich bin ein Mischling ersten Grades“. Bei einem Spaziergang hagelte es ordentlich Schläge, als sie laut und deutlich sagte „Guck Vater, da ist die Fahne, die du gar nicht magst!“ Ihr Vater erklärte ihr erst hinterher, was diese Aussage für Folgen hätte haben können. 1939 emigrierte sie mit Mutter und Bruder nach England und besuchte dort zusammen mit ihrem Bruder eine englische Rudolf – Steiner – Schule. Im Sommer 1946 kehrten sie wieder nach Stuttgart zurück. Die Zeit, die sie mit dem Vater verbringen konnte, spielte sich – Reinhold Maier war ein Wanderfreund – oft in der freien Natur ab. Jedoch, gesprochen wurde dabei nicht. Ihr Vater kurz und knapp „Du schwätzt ja das Schönste von der Landschaft weg!“ Für Magda Maier war ihr Vater

auch ein suchender Mensch. Die immer wiederkehrende Auseinandersetzung mit dem Begriff „Liberalismus“ bestätigt diese These.

Reinhold Maier, ein Landes – und Familienvater, der seine Familie liebte und dort die notwendige Entspannung fand. Doch die ebenso starke Verbundenheit Reinhold Maiers mit dem Land ist bei Magda Maier fest verankert. Nicht zuletzt durch die nachfolgenden Zeilen. Ihrem Vater ging es eines Tages krankheitshalber schlechter. Sie fragte ihn, ob er „Bauchweh“ oder „Seelenweh“ hätte, worauf er antwortete „Seelenweh“. Die Tochter wollte wissen, ob es an der Familie liegt oder am Land. Die Antwort war „am Land!“. Er zweifelte daran, alles richtig gemacht zu haben. Magda Maier beruhigte ihn, worauf er sich zufrieden mit den Worten zur Seite drehte „dann isch ja recht!“

Eine Vorbildfunktion, die man sich von den heutigen politisch Verantwortlichen nur wünschen kann!
(sw)

Zum 125. Geburtstag von Elly Heuss-Knapp

Mehr als „die Frau an seiner Seite“

Stuttgart. Noch immer sind Frauen im öffentlichen Leben, in den Führungsetagen von Unternehmen, in der Politik und im Parlament eher selten anzutreffen. Elly Heuss-Knapp war die erste „First Lady“ der Bundesrepublik an der Seite des liberalen Bundespräsidenten Theodor Heuss. Sie übernahm diese Rolle erst, nachdem sie sich schon längst einen eigenen Namen machte – als Sozialreformerin, Politikerin, Publizistin und selbständige Werbefachfrau. Vor 125 Jahren, am 25. Januar 1881, wurde sie in Straßburg geboren.

*„Frauen werbt und wählt,
jede Stimme zählt,
jede Stimme wiegt,
Frauenwille siegt!“*

Elly Heuss-Knapp (1881 – 1952) übernahm nur kurz nach dem Amtsantritt ihres Mannes als Bundespräsident die Koordination und Schirmherrschaft einer Organisation, die sich die Stärkung erschöpfter und materiell schlecht gestellter Mütter und Frauen zur Aufgabe gemacht hatte. Am 31. Januar 1950 wird in einer Rundfunkansprache die Gründung der „Elly-Heuss-Knapp-Stiftung Deutsches Müttergenesungswerk“ bekannt gegeben.
(pa)

Recht. So! - spannend und faszinierend!

Karlsruhe. Wer an den Themenbereich „Recht“ denkt, dem drängen sich manchmal Assoziationen wie langweilige Paragraphen, abstrakte und bürgerferne Normen sowie eine bisweilen trockene, und wenig interessante Materie auf. Dass Recht jedoch vielmehr sein kann, konnten die „Liberalen Frauen Mittelbaden“ am 25. Oktober 2005 bei ihrem Besuch des „Rechtshistorischen Museum“ in Karlsruhe erfahren.

Ein höchst spannender und faszinierender Gegenstand, der nicht nur von zentraler Bedeutung für unser politisches Gemeinwesen ist, sondern auch in den verschiedensten Lebensbereichen unseres Alltags gegenwärtig ist. Im Rahmen der rund eineinhalbstündigen Führung durch das Museum wurde ein interessanter Überblick über 4000 Jahre Rechtsgeschichte der Menschheit geboten, wobei das Spektrum u. a. vom babylonischen Königreich über das römische Imperium und das Mittelalter bis in die Gegenwart zum deutschen Grundgesetz führte. Für jede Epoche konnte das Museum mit anschaulichen und charakteristischen Exponaten aufwarten. So konnte z.B. für das ganz frühe Recht die weltberühmte Gesetzes-Stele des babylonischen Königs Hammurabi in Augenschein genommen werden (wenn auch nur als Kopie des Originals). Dass die Entwicklung des Rechts aus der heutigen Perspektive betrachtet, manchmal auch Fälle von fragwürdiger Rechtssetzung oder gar Unrecht aufwies, wurde vor dem ausgestellten Galgen und Pranger deutlich, wie auch beim Betrachten der folterrechtlichen Illustrationen im berühmten mittelalterlichen Rechtsbuch, dem „Sachsenspiegel“.

Die Führung nahm der pensionierte Bundesbeamte Herr Kettling vor. Mit seinem leidenschaftlichen Engagement verstand er es, alle Ausführungen nicht nur stets sehr anschaulich zu vermitteln, sondern immer auch mit einer Portion Humor. Das führte dazu, dass man am Ende der Führung das Bedürfnis verspürte, das Rechtsmuseum auf jeden Fall erneut zu besichtigen.

Erst seit 2003 ist das Museum im Neubau der Bibliothek auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs untergebracht. Vorher war es in der Karlsruher Stephaniestraße. Der heutige Standort ging in hohem Maße auf den baden-

württembergischen FDP-Politiker und ehemaligen Bundesjustiz- und späteren Außenminister Dr. Klaus Kinkel zurück.

Die Veranstaltung, unter denen sich nicht nur Mitglieder der Liberalen Frauen Mittelbaden, sondern auch etliche Nichtmitglieder befanden, hatte Astrid Weber, organisiert. Die 25 Besucher und Besucherinnen dankten es ihr herzlich. In gemütlicher Runde und in vertiefenden Gesprächen endete der Besuch in der „hansjakobstube“.
(jn/rfr)

Recht

ist eines der ältesten Kulturgüter.

Frauen hatten kein Recht auf Recht.

Karlsruhe. „Nach der Charta des Himmels einen Freiheitsbrief für die Erde“ entwickeln ... - Unter diesem Aufruf von Louise Aston-Meier (1814 – 1871), die als Schriftstellerin, Journalistin und Freischärlerin im schleswig-holsteinischen Krieg ein Leben lang für Freiheits- und Bürgerrechte der Frauen kämpfte, erstellten die Liberalen Frauen eine „FrauenRechteZeitung“.

Entstanden ist eine Zeittafel der Frauenemanzipation und Gleichstellung. Erinnerung wird an wichtige Frauen und wegweisenden frauenpolitischen Entscheidungen. In der 32-seitigen Zeitreise von 1742 bis 2005 erfahren die Leserinnen und Leser Rechtsgeschichte, die Bildung und Erziehung, Arbeit, Familie, Gesundheit & mehr. Die treibende Kraft des Projektes war Rita Fromm, die auch für den Inhalt der FrauenRechteZeitung verantwortlich ist. Das Projekt wurde entwickelt als Beitrag der Liberalen Frauen Mittelbaden an der Karlsruher Aktion „Recht so!“ Mit Hilfe der Friedrich-Naumann-Stiftung Stuttgart konnte die FrauenRechteZeitung nun gedruckt werden.

[INFO: Die FrauenRechteZeitung gibt es gegen eine Schutzgebühr von 3,00 Euro \(zzgl. Porto\) erstmals am Dreikönigsparteitag der FDP Baden-Württemberg. Sie kann außerdem über die LIF-Bezirksvereinigungen bestellt werden.](#)

[Mehr Informationen dazu gibt es bei Rita Fromm \[lif@ritafromm.de\]\(mailto:lif@ritafromm.de\)](#)

Mutterschutzgesetzgebung und Diskriminierung der Frauen im Erwerbsleben.

Dieses Thema hat die LIF Baden-Württemberg beschäftigt: Beim Fachtag „Chancengerechtigkeit für Frauen im Erwerbsleben“ im März 2005 war das Mutterschutzgesetz ein wichtiges Beispiel zur Frage, ob Frauen durch solche gesetzlichen Bestimmungen benachteiligt werden, wenn es darum geht, eine Anstellung zu bekommen (siehe LIBERA BW 5). Bei der Mitgliederversammlung wurde das Thema erneut aufgegriffen, konnte aus Zeitmangel aber nicht abschließend beraten werden.

Jeder kennt die seit Jahrzehnten gesetzlich verankerte Regelung: Frauen, die berufstätig sind und schwanger werden, dürfen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung nicht beschäftigt werden, um – wie es heißt – Mutter und Kind vor arbeitsplatzbedingten Gefahren, Überforderung und Gesundheitsschädigungen zu schützen. In dieser Zeit soll die Frau nicht auf ihr Arbeitseinkommen verzichten müssen. Die Kosten für den Lohnersatz werden zwischen dem Arbeitgeber, gesetzlichen Krankenkassen und dem Staat geteilt. Damit kleine Betriebe nicht einseitig belastet werden, gibt es ein Umlageverfahren zwischen diesen Betrieben.

Jetzt ist dieses Gesetz in Frage gestellt worden durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Der Bundestag ist aufgefordert, eine neue Regelung zu finden, um in Zukunft zu verhindern, dass Frauen bei der Einstellung benachteiligt werden.

Die Liberalen Frauen haben bei ihrer Bundesversammlung in Magdeburg 2004 einen weitgehenden Beschluss gefasst: Nicht mehr der Arbeitgeber soll den Ausgleich zwischen dem Mutterschaftsgeld und dem letzten Nettoeinkommen der schwangeren Frau zahlen, sondern dieser Ausgleich soll aus Steuermitteln finanziert werden. Die FDP-Bundestagsfraktion wurde aufgefordert, in diesem Sinne eine gesetzliche Regelung anzustreben. Die FDP hat auf dem Bundesparteitag im Mai 2005 beschlossen: „Die Finanzierung des Mutterschutzes soll in Zukunft nicht Aufgabe der Betriebe, sondern der Gesell-

schaft sein und deshalb aus Steuermitteln aufgebracht werden.

Trotz solch einmütiger Pläne wage ich es, einige Bedenken zu haben, weil ich mich frage, ob Frauen damit wirklich gedient ist und ob dies im Sinne eines liberalen Grundverständnisses ist.

Wenn liberal bedeutet, dass der Staat sich möglichst wenig einmischen soll in die Angelegenheiten mündiger Bürger, dann hieße das für mich: Wir brauchen überhaupt keine staatliche Regelung mehr. Nach jahrzehntelanger Übung, veranlasst durch den Staat, ist ein Arbeitgeber jetzt bereit, Frauen einzustellen, weil er ihre Leistungen schätzt, bereit, den Lohn fortzuzahlen, weil er weiß, dass im speziellen Fall die persönliche Wohl der Frau und im übrigen sein eigenes Wohl und das seiner Firma und im weiteren der Gesellschaft vom Nachwuchs abhängen. Eine Regelung wäre da, wo sie hingehört: in eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerin, die mit ihrer Arbeit ja wiederum einen Beitrag zum Wohl der Firma leistet.

Warum also den Arbeitgeber aus dieser fürsorglichen Verantwortung ganz entlassen? Wenn ich höre „ (...) soll nicht Aufgabe der Betriebe, sondern der Gesellschaft sein (...)“ (s. Beschluss des 56. Ord. Bundesparteitages der FDP, Köln, 5.-7. Mai 2005), dann frage ich mich, ob Betriebe nicht zur Gesellschaft gehören. Und ich habe das ungute Gefühl, dass diskriminierendes Verhalten geradezu bestätigt wird, wenn unerschwellig mitklingt, dass Frauen eingestellt werden, weil noch etwas draufgezahlt wird. Wie sollen Wertschätzung und eine Anerkennung der besonderen Situation der Frauen erreicht werden, wenn neue gesetzliche Regelungen gerade dem Missstand Recht geben. Ob sich dann tatsächlich etwas ändert, ist noch eine ganz andere Frage.

Hinzu kommt noch: Was jahrzehntelang unangefochten gegolten hat, wird dann womöglich Jahr für Jahr bei Haushaltsdebatten zur Diskussion stehen. Ob das für Frauen konkret und darüber hinaus für eine allgemeine Wertschätzung günstig ausfällt, ist offen.

Wenn bisher ganz klar die Zahlung mit dem Arbeitsverhältnis der Frau zu tun hatte, dann soll jetzt der Staat eingreifen. Für mich nicht gerade eine liberale Vorstellung. Wenn man noch hinzunimmt, was für eine Vielzahl von Steuerungsmechanismen jetzt eingeführt wird, um staatlicherseits „Anreize“ zum Nachwuchs zu

schaffen, dann sind Kinder irgendwann vielleicht nur noch eine Sache der Rechenstifte in den Finanzministerien und bei irgendwelchen Kassen. Eine traurige Perspektive.

Wenn staatliches Eingreifen schon sein muss, dann doch nur in eine Richtung, die jedem Einzelnen und jeder Einzelnen das Gefühl vermittelt, dass der eigene Beitrag für die eigene Lebensvorsorge greifbar und nachvollziehbar von Bedeutung ist. Das Verschwinden solcher Wahrnehmung in einem anonymen Gesellschaftsetwas verstärkt wahrscheinlich wieder, dass niemand sich wirklich betroffen fühlt, weil er nur eine Abgabepflicht hat. Wenn man sich durch eine Abgabe freikaufen kann, wozu sollte man sich mit Kinderkriegen beschäftigen. Und wann wären je im Verlauf der Geschichte Abgaben an den Staat mit Vergnügen gemacht worden. Ein trauriger Kontext. (hwb)

Nachtrag: Auf den letzten Drücker hat der Bund zum Jahresbeginn 2006 eine gesetzliche Neuregelung geschaffen. Alle Arbeitgeber, unabhängig von der Zahl der Beschäftigten, müssen im Umlageverfahren zur Finanzierung des Mutterschaftsgeldes beitragen. (pa)

Aus dem Bundestag

Funktionen und Ausschüsse

Berlin. Die FDP Baden-Württemberg hat bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 bundesweit mit 11,9 % das beste Zweitstimmenergebnis eingefahren. Damit stellen die Südwestliberalen nun neun Abgeordnete, darunter zwei liberale Frauen: Birgit Homburger und Sibylle Laurischk. Ellen Winkler-Oberman hat den Einzug ins Parlament nur knapp verfehlt.

Birgit Homburger ist Mitglied im Verteidigungsausschuss und Stellvertreterin im Ausschuss für „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“. Sie ist zudem stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sicherheitspolitische Sprecherin und Sprecherin für Bürokratieabbau.

Sibylle Laurischk ist Mitglied im Ausschuss „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ und Stellvertreterin im Rechtsausschuss. Sie ist ferner Sprecherin für Integration und Migration, Bürgerschaftliches Engagement und Seniorenpolitik. Gemeinsam mit Ina Lenke leitet sie die Frauengruppe der Bundestagsfraktion. (pa)

Termine • Termine • Termine

- 4./ 5. Februar 2006: Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Liberalen Frauen, Mannheim
8. März 2006: „Rente für Frauen – gehen wir leer aus?“, Gesprächsrunde der LIF Ostwürttemberg, Aalen
16. März 2006: „Frauen und Recht“, Gesprächsrunde der LIF Ludwigsburg, Ludwigsburg
26. März 2006: Landtagswahl
30. März 2006: „Die Ehe und ihre Rechtsfolgen“, Vortrag und Diskussion der LIF Mittelbaden, Karlsruhe
6. Mai 2006: Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, Stuttgart
18. Mai 2005: „Mit neuen Augen ins Weltall“, Vortrag und Diskussion der LIF Mittelbaden, Karlsruhe
15. Juli 2006: „Mehr als die Frau an seiner Seite – auf den Spuren von Elly Heuss-Knapp“, Stuttgart (Landeszentrale für politische Bildung)
7. Oktober 2006: Fachtag der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, Offenburg

Termine zur Landtagswahl im Internet!

kurz & knapp

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Ilse Artzt (Dt. Akademikerinnenbund BaWü) wurde zur neuen Vorsitzende gewählt.

Landeswettbewerb 2006 „Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Betrieb“

Das Wirtschaftsministerium schreibt zum 8. Mal den Wettbewerb aus (Einsendeschluss: 31. März 2006). Gesucht werden Betriebe (ab 10 Beschäftigte), die Vorbildfunktion für die Vereinbarkeiten von Beruf und Familie sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern haben. Die Bewerbungsunterlagen gibt es im Wirtschaftsministerium, Ref. 45, Andreas Votteler, Tel. 0711.123.2219 oder andreas.votteler@wm.bwl.de

... unsere Surftipps:

www.liberale-frauen-bw.de

www.liberale-frauen.de

www.liberale-frauen.de

www.frauen-aktiv.de

www.landesfrauenrat-bw.de

www.landesfrauenrat-bw.de

LIBERA Baden-Württemberg

Redaktion / Impressum:

v.i.S.d.P.: Jutta Pagel, Akazienweg 11, 74523 Schwäbisch Hall

eMail jutta.pagel@t-online.de

Autoren dieser Ausgabe: Hans Ilg, Sibylle Laurischk (sl), Julia Nahde (jn), Jutta Pagel (pa), Rita Fromm (rfr), Hildegard Weber-Bleyle (hwb), Susanne Winkler (sw).

Fotos: Susanne Winkler

Redaktionsschluss für die 8. Ausgabe LIBERA BW: 15.07.2006